

Integration durch Verfassung
60 Jahre Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
- Wichtige Vorschriften -

I. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.05.1949

Präambel

Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

Artikel 1

[Menschenwürde, Menschenrechte, Grundrechtsbindung]

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

[Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person]

- (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
- (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

[Gleichheitsrechte]

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4

[Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit]

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
- (3) ...

Artikel 5

[Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Pressefreiheit, Rundfunkfreiheit, Kunstfreiheit, Wissenschaftsfreiheit]

- (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
- (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
- (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 8

[Versammlungsfreiheit]

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
- (2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 11

[Freizügigkeit]

- (1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
- (2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 19 Absatz 4

[Rechtsschutz gegen die öffentliche Gewalt]

Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. ...

Artikel 20

[Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Bundesstaatlichkeit, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Widerstandsrecht]

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Artikel 23 Absatz 1
[Europäische Union]

Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3 [zum Verfahren und zu den Grenzen der Verfassungsänderung].

Artikel 24

[Übertragung von Hoheitsrechten auf supranationale und transnationale Institutionen, Systeme kollektiver Sicherheit, internationale Schiedsgerichtsbarkeit]

(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.

(1a) Soweit die Länder für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen übertragen.

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

(3) Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische, internationale Schiedsgerichtsbarkeit beitreten.

Artikel 28

[Verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern, kommunale Selbstverwaltung]

(1) Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. ...

(2) Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. ... Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung ...

...

Artikel 51 Absatz 3

[Abstimmung im Bundesrat]

Jedes Land kann so viele Mitglieder entsenden, wie es Stimmen hat. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich und nur durch anwesende Mitglieder oder deren Vertreter abgegeben werden.

Artikel 79

[Verfassungsänderungen]

(1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt. ...

(2) Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates.

(3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

Artikel 93 Absatz 1
[Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts]

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet:

1. über die Auslegung dieses Grundgesetzes aus Anlass von Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten eines obersten Bundesorgans oder anderer Beteiligter, die durch dieses Grundgesetz oder in der Geschäftsordnung eines obersten Bundesorgans mit eigenen Rechten ausgestattet sind;
2. bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln über die förmliche und sachliche Vereinbarkeit von Bundesrecht oder Landesrecht mit diesem Grundgesetz oder die Vereinbarkeit von Landesrecht mit sonstigem Bundesrecht auf Antrag der Bundesregierung, einer Landesregierung oder eines Drittels der Mitglieder des Bundestages;
- ...
3. bei Meinungsverschiedenheiten über Rechte und Pflichten des Bundes und der Länder, insbesondere bei der Ausführung von Bundesrecht durch die Länder und bei der Ausübung der Bundesaufsicht;
- ...
- 4a. über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder in einem seiner in Artikel 20 Abs. 4, 33, 38, 101, 103 und 104 enthaltenen Rechte verletzt zu sein;
- 4b. über Verfassungsbeschwerden von Gemeinden und Gemeindeverbänden wegen Verletzung des Rechts auf Selbstverwaltung nach Artikel 28 durch ein Gesetz, bei Landesgesetzen jedoch nur, soweit nicht Beschwerde beim Landesverfassungsgericht erhoben werden kann;
- ...

Artikel 100 Absatz 1
[Konkrete Normenkontrolle auf Richtervorlage]

Hält ein Gericht ein Gesetz, auf dessen Gültigkeit es bei der Entscheidung ankommt, für verfassungswidrig, so ist das Verfahren auszusetzen und, ... wenn es sich um die Verletzung dieses Grundgesetzes handelt, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen. Dies gilt auch, wenn es sich um die Verletzung dieses Grundgesetzes durch Landesrecht oder um die Unvereinbarkeit eines Landesgesetzes mit einem Bundesgesetze handelt.

Artikel 103 Absatz 2
[Nulla poena sine lege]

Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.

Artikel 146
[Geltungsdauer des Grundgesetzes]

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

II. Verfassung der Republik Lettland vom 15.02.1922

Artikel 1

Latvija ir neatkarīga demokrātiska republika.

Lettland ist eine unabhängige demokratische Republik.

Artikel 2

Latvijas valsts suverenā vara pieder Latvijas tautai.

Die souveräne Gewalt des Staates Lettland gehört dem lettischen Volke

III. Recht der Europäischen Union

Vertrag über die Europäische Union

Artikel 6 Absätze 1 und 2

(1) Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.

Savienība ir dibināta, ievērojot dalībvalstu kopīgos principus - brīvības, demokrātijas, cilvēktiesību un pamatbrīvību respektēšanas principu un tiesiskuma principu.

(2) Die Union achtet die Grundrechte, wie sie in der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts ergeben.

Vertrag über die Europäische Union (Fassung nach dem Vertrag von Lissabon; Inkrafttreten ungewiss)

Artikel 2

Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Savienība ir dibināta, pamatojoties uz vērtībām, kas respektē cilvēka cieņu, brīvību, demokrātiju, vienlīdzību, tiesiskumu un cilvēktiesības, tostarp minoritāšu tiesības. Šīs vērtības dalībvalstīm ir kopīgas sabiedrībā, kur valda plurālisms, tolerance, taisnīgums, solidaritāte un kur nav diskriminācijas, kā arī valda sieviešu un vīriešu līdztiesība.

Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Präambel, Erwägungen 1 und 2

Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden.

Eiropas tautas, veidojot arvien ciešāku savstarpēju sadarbību, ir nolēmušas veidot mierpilnu nākotni, kuras pamatā ir kopējas vērtības.

In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.

Apzinoties savu garīgo un tikumisko mantojumu, Savienība balstās uz nedalāmām, universālām vērtībām – cilvēka cieņu, brīvību, vienlīdzību un solidaritāti; tās pamatā ir demokrātijas un tiesiskuma principi. Vislielāko uzmanību Savienība pievērš indivīdam, iedibinot Savienības pilsonību un izveidojot brīvības, drošības un tiesiskuma telpu.

Artikel 1 Würde des Menschen

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen.

Cilvēka cieņa ir neaizskarama. Tā ir jārespektē un jāaizsargā.

Integration through Constitution
60 years of Basic Law for the Federal Republic of Germany
- Important Provisions -

I. Basic Law for the Federal Republic of Germany of May 23, 1949

Preamble

Conscious of their responsibility before God and men,

inspired by the determination to serve world peace as an equal part in a united Europe, the German people, by virtue of their constituent power, have adopted this Basic Law.

The Germans in the Länder of Baden-Württemberg, Bavaria, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, Mecklenburg-Western Pomerania, North Rhine-Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland, Saxony, Saxony-Anhalt, Schleswig-Holstein and Thuringia have achieved the unity and freedom of Germany in free self-determination. This Basic Law thus applies to the entire German people.

Article 1

[human dignity, human rights, legally binding force of the basic rights]

- (1) Human dignity is inviolable. To respect and protect it is the duty of all state authority.
- (2) The German people therefore acknowledge inviolable and inalienable human rights as the basis of every community, of peace and of justice in the world.
- (3) The following basic rights [= fundamental rights] are binding on legislature, executive, and judiciary as directly applicable law.

Article 2

[right to free development of one's personality, right to life, right to physical integrity]

- (1) Everyone has the right to free development of his personality insofar as he does not violate the rights of others or offend against the constitutional order or the moral law.
- (2) Every person has the right to life and physical integrity. The freedom of the person is inviolable. These rights may be encroached upon only pursuant to a law

Article 3

[equality rights]

- (1) All humans are equal before the law.
- (2) Men and women shall have equal rights. The state shall promote the actual implementation of equal rights for women and men and work towards the elimination of disadvantages that now exist.
- (3) No one may be disadvantaged or favored because of his sex, his parentage, his race, his language, his homeland and origin, his faith, or his religious or political opinions. No one may be disadvantaged because of his handicap.

Article 4

[Freedom of faith and conscience, freedom to profess one's belief]

- (1) The freedom of faith and of conscience and the freedom to profess a religious or philosophical belief are inviolable.
- (2) The undisturbed practice of religion is guaranteed.
- (3) ...

Article 5

[freedom of opinion, freedom of information, freedom of the press, freedom of broadcasting, freedom of the arts, freedom of science]

- (1) Everyone has the right to freely express and disseminate his opinion in speech, writing, and pictures, and to inform himself without hindrance from generally accessible sources. The freedom of the press and the freedom of reporting by means of broadcasts and films are guaranteed. There may be no censorship.
- (2) These rights shall find their limits in the provisions of general laws, in statutory provisions for the protection of the youth, and in the right to personal honor.
- (3) Art and science, research and teaching are free. The freedom of teaching does not release from allegiance to the constitution.

Article 8

[freedom of assembly]

- (1) All Germans have the right to assemble peacefully and unarmed without prior notification or permission.
- (2) Concerning outdoor assemblies, this right may be restricted by or pursuant to a law.

Article 11

[Freedom of movement]

- (1) All Germans shall have the right to move freely throughout the federal territory.
- (2) This right may be restricted only by or pursuant to a law, and only in cases in which the absence of adequate means of support would result in a particular burden for the community, or in which such restriction is necessary to avert an imminent danger to the existence or the free democratic basic order of the Federation or of a Land, to combat the danger of epidemics, to respond to natural disaster or grave accidents, to protect young persons from neglect, or to prevent crime.

Art 19 section 4

[legal protection against acts of public authority]

Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. ...

Should any person's rights be violated by public authority, he may have recourse to the courts. Insofar as no other jurisdiction has been established, recourse is available to the courts of ordinary jurisdiction. ...

Article 20

[democracy, social state, federal state, sovereignty of the people, separation of powers, rule of law, right to resist]

- (1) The Federal Republic of Germany is a democratic and social federal state.
- (2) All state authority emanates from the people. It shall be exercised by the people through elections and votings and through specific organs of the legislature, the executive power, and the judiciary.
- (3) The legislature is bound by the constitutional order, the executive and the judiciary are bound by law and justice.
- (4) All Germans have the right to resist any person seeking to abolish this constitutional order, if no other remedy is available.

Article 23 section 1
[European Union]

To realize a united Europe, the Federal Republic of Germany participates in the development of the European Union which is committed to democratic, social, and federal principles, to the rule of law, and to the principle of subsidiarity, and that guarantees a level of protection of basic rights essentially comparable to that afforded by this Basic Law. To this end the Federation may transfer sovereign rights by a law with the consent of the Bundesrat. The establishment of the European Union, as well as changes in its treaty foundations and comparable regulations that amend or supplement this Basic Law, or make such amendments or supplements possible, shall be subject to paragraphs (2) and (3) of Article 79 [on the procedure and limits of constitutional amendment].

Article 24

[transfer of sovereign rights to supranational and transnational institutions, systems of mutual collective security, international arbitration]

(1) The Federation may by a law transfer sovereign powers to supranational institutions [zwischenstaatliche Einrichtungen].

(1a) Insofar as the Länder are competent to exercise state powers and to perform state functions, they may, with the consent of the Federal Government, transfer sovereign powers to transfrontier institutions in neighbouring regions [grenznachbarschaftliche Einrichtungen].

(2) For the maintenance of peace, the Federation may join a system of mutual collective security; in doing so it will consent to such limitations upon its rights of sovereignty as will bring about and secure a peaceful and lasting order in Europe and among the peoples of the world.

(3) For the settlement of disputes between States, the Federation will accede to agreements providing for a general, comprehensive and compulsory international arbitration.

Article 28

[constitutional order of the Länder, local self-government]

(1) The constitutional order in the Länder must conform to the principles of the republican, democratic and social state governed by the rule of law, within the meaning of this Basic Law. ...

(2) The municipalities must be guaranteed the right to regulate all affairs of the local community on their own responsibility, within the limits set by the laws. ... The guarantee of self-government also comprises the bases of financial autonomy...

...

Article 51 section 3

[voting in the Bundesrat]

(3) Each Land may delegate as many members as it has votes. The votes of each Land may be cast only en bloc and only by members or their alternates who are present.

Article 79

[Amendment of the Basic Law]

(1) The Basic Law can be amended only by a law expressly amending or supplementing the text of the Basic Law. ...

(2) Any such law requires the assent of two thirds of the members of the Bundestag and two thirds of the votes of the Bundesrat.

(3) Amendments of this Basic Law affecting the division of the Federation into Länder, the participation on principle of the Länder in the legislative process, or the principles laid down in Articles 1 and 20 are inadmissible.

Article 93 section 1
[Jurisdiction of the Bundesverfassungsgericht]

The Federal Constitutional Court decides:

1. on the interpretation of this Constitution in the event of disputes concerning the extent of the rights and duties of a supreme federal body or of other parties concerned who have been vested with rights of their own by this Basic Law or by the rules of procedure of a supreme federal body;
2. in the event of disagreements or doubts concerning the formal and substantive compatibility of federal law or Land law with this Basic Law, or the compatibility of Land law with other federal law, on application of the Federal Government, of a Land government, or of one third of the Members of the Bundestag;
...
3. in the event of disagreements concerning the rights and duties of the Federation and the Länder, particularly in the execution of federal law by the Länder and in the exercise of federal supervision;
...
- 4a. on constitutional complaints, which may be filed by any person alleging that one of his basic rights or one of his rights under Article 20(4), 33, 38, 101, 103, or 104 has been violated by public authority;
- 4b. on constitutional complaints filed by municipalities or associations of municipalities on the ground that their right to self-government under Article 28 has been infringed by a law; in the case of infringement by a Land law, however, only where a constitutional complaint to the constitutional court of the Land is not possible;
...

Article 100 section 1
[concrete constitutional review]

Where a court considers that a statute on whose validity its decision depends is unconstitutional, the proceedings shall be stayed, and a decision shall be obtained from ... the Federal Constitutional Court where this Basic Law is held to be violated. This also applies where this Constitution is held to be violated by a Land statute or where a Land statute is held to be incompatible with a federal statute.

Article 103 section 2
[nulla poena sine lege]

(2) An act may be punished only if it constituted a criminal offence under the law before the act was committed.

Article 146
[duration of validity of the Basic Law]

This Basic Law, which since the achievement of the unity and freedom of Germany applies to the entire German people, ceases to be in force on the day on which a constitution adopted by a free decision of the German people comes into force.

II. Constitution of the Republic of Latvia of February 15, 1922

Article 1

Latvija ir neatkarīga demokrātiska republika.

Latvia is an independent democratic republic.

Article 2

Latvijas valsts suverenā vara pieder Latvijas tautai.

The sovereign power of the State of Latvia is vested in the people of Latvia.

III. Law of the European Union

Treaty on European Union

Article 6 sections 1 and 2

(1) The Union is founded on the principles of liberty, democracy, respect for human rights and fundamental freedoms, and the rule of law, principles which are common to the Member States.

Savienība ir dibināta, ievērojot dalībvalstu kopīgos principus - brīvības, demokrātijas, cilvēktiesību un pamatbrīvību respektēšanas principu un tiesiskuma principu.

(2) The Union shall respect fundamental rights, as guaranteed by the European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms signed in Rome on 4 November 1950 and as they result from the constitutional traditions common to the Member States, as general principles of Community law.

Treaty on European Union (version of Lisbon; entry into force is uncertain)

Article 2

The Union is founded on the values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities. These values are common to the Member States in a society in which pluralism, non-discrimination, tolerance, justice, solidarity and equality between women and men prevail.

Savienība ir dibināta, pamatojoties uz vērtībām, kas respektē cilvēka cieņu, brīvību, demokrātiju, vienlīdzību, tiesiskumu un cilvēktiesības, tostarp minoritāšu tiesības. Šīs vērtības dalībvalstīm ir kopīgas sabiedrībā, kur valda pluralisms, tolerance, taisnīgums, solidaritāte un kur nav diskriminācijas, kā arī valda sieviešu un vīriešu līdztiesība.

Charter of Fundamental Rights of the European Union

Preamble, considerations 1 and 2

The peoples of Europe, in creating an ever closer union among them, are resolved to share a peaceful future based on common values.

Eiropas tautas, veidojot arvien ciešāku savstarpēju sadarbību, ir nolēmušas veidot mierpilnu nākotni, kuras pamatā ir kopējas vērtības.

Conscious of its spiritual and moral heritage, the Union is founded on the indivisible, universal values of human dignity, freedom, equality and solidarity; it is based on the principles of democracy and the rule of law. It places the individual at the heart of its activities, by establishing the citizenship of the Union and by creating an area of freedom, security and justice.

Apzinoties savu garīgo un tikumisko mantojumu, Savienība balstās uz nedalāmām, universālām vērtībām – cilvēka cieņu, brīvību, vienlīdzību un solidaritāti; tās pamatā ir demokrātijas un tiesiskuma principi. Vislielāko uzmanību Savienība pievērš indivīdam, iedibinot Savienības pilsonību un izveidojot brīvības, drošības un tiesiskuma telpu.

Article 1 Human dignity

Human dignity is inviolable. It must be respected and protected.

Cilvēka cieņa ir neaizskarama. Tā ir jārespektē un jāaizsargā.